

oberösterreichischen Bergbaus dargestellt wird. Infolge der Streiks, der hohen Schüttlöhne und der verminderter Arbeitsleistung sind die Selbstkosten pro abzugebende Tonne um 25 mal größer als die erzielten Einnahmen, aber es gebe auch Gruben, bei denen die Selbstkosten um 40 mal pro Tonne größer seien. Der oberösterreichische Bergbau stehe am Rande des Zusammenbruches und nur starker Wille zu freier Arbeit und die Rücksicht zur altbewährten Ordnung auf den Schächten könne helfen.

Keine neuen französischen Steuern.

Genf. Im Kammerausschuss sagte Pichon laut einer Lyoner Zeitungsmeldung vom Mittwoch, daß Frankreich keine neuen Steuern für die nächsten Jahre nötig habe. Es sei sogar mit einer nicht geringen Herabsetzung der Steuern der Kriegsjahre zu rechnen, da Frankreich seine Kriegsschäden von Deutschland zuwidersetzt erhält.

Der Verband gegen die wendischen Sonderbestrebungen.

Prag, 21. März. Der Pariser Berichterstatter des "Vœu" meldet, daß bei der Entente keine Stimmung für die Angliederung der Lausitz an die tschecho-slowakische Republik sei. Die Lausitz werden also im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben.

Schwarze gegen weiße Franzosen.

Öhrbach, 21. März. Von zuverlässiger Seite wird gemeldet, daß die französische Heeresleitung sich gezwungen sieht, den größten Teil des Besatzungsgebietes im Elsass von schwarzen Kolonialtruppen bewachen (1) zu lassen.

Für Streitende keine Lebensmittel.

"Morning Post" meldet die Abreise einer Alliierten-Kommission nach Deutschland, die die Aufgabe hat, die Nachausgabe von Lebensmitteln an Streitende zu kontrollieren. Die Kommission besteht aus 82 Personen.

Die Versorgung im besetzten Gebiet.

Die Versorgungsmaßnahmen der britischen Militärbehörde für das von ihnen besetzte Gebiet haben in gewissem Umfang bereits eingesetzt. In Krankenanstalten wurden aus militärischen Beständen bereits Büttenfleisch, Bliebstock und andere Konserve geliefert.

Weiterhin wurden Arbeiter und Angestellte größtenteils im Dienste der Besatzungsbehörde stehender Firmen mit Lebensmitteln beliefern. Von nun an sollen minderbemittelte Bevölkerungskreise ebenfalls Nahrungsmitte erhalten. In Bonn beispielsweise wird auf den Kopf dieser Kreise wöchentlich zwei Pfund Büttenfleisch drei Monate lang geliefert. Außerdem erhalten jene Orte, wo Kartoffelmangel herrscht, einige Pfund pro Kopf und Woche.

Die englischen Schiffahrtlinien zeigten die Wiederaufnahme von Transporten nach den deutschen Häfen für den 1. Mai an.

Fürstbischof gegen Tschechen.

Der Fürstbischof von Breslau und das Domkapitel veröffentlichten einen gehänselnden Protest gegen die Übergriffe der Regierung der tschecho-slowakischen Republik, welche, ohne dem Bistum davon Kenntnis zu geben, die in Österreich-Schlesien gelegenen Güter und Herrschaften des Bistums Breslau unter Verdrängung der fürstbischöflichen Kommandation in Johannesdorf-Jauernick in Zwangsverwaltung genommen hat.

Diese Güter seien seit sieben Jahrhunderten und noch länger rechtmäßig erworberner Besitz des Fürstbistums Breslau und der Breslauer Domkirche und bilden als solche die einheitliche Dotations der ganzen Diözese Breslau, was noch stets von allen Regierungen anerkannt worden ist. Dieser Protest, der zugleich im Namen von 3½ Millionen Bischöflichen erheben wird, ist auch zur Kenntnis des Papstes und der zum Schutze der Rechte des Bistums verpflichteten Behörden gebracht worden.

Die Schwerverwundeten.

Der Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa teilt mit:

Die französische Regierung ließ ihren Beschluss mitteilen, die Schwerverwundeten und schwerkranken deutschen Kriegsgefangenen sofort heimzusenden. Die ärztlichen Untersuchungen hätten zu diesem Zweck bereits begonnen. Die Betreffenden würden blauen kurzer Zeit abreisen können.

Herner kündigte die französische Regierung an, daß sie die auf Grund eines Sonderabkommens den französischen Kriegsgefangenen in Deutschland im Dezember 1918 gelieferten Zusatrationen in natura zurückfordern wolle. Die deutsche Regierung werde Mitteilung gebeten, um die Übergabe der Lebensmittel in Mainz oder Ludwigshafen erfolgen sollte.

Die Entente zur Polenfrage.

Laut "Matin" wird sich der obere Kriegsrat heute Freitag mit dem Abbruch der Posener Verhandlungen beschäftigen und Maßnahmen ins Auge fassen, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Feindseligkeiten an der Posener Front eingestellt werden.

Von deutscher Seite wird halbamtlich gemeldet: An der polnischen Front hat sich, wie bekannt, aus dem fortgesetzten Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen in den letzten Wochen wieder eine erhebliche Feuerkraft entwickelt, da unser Grenzschutz das polnische Artillerie- und Infanterieregiment nicht unerwidert über sich ergehen lassen konnte. Um die polnischen Übergriffe einwandfrei festzustellen, ist jetzt von der Obersten Heeresleitung der Befehl ergangen, das Artilleriefeuer auf der ganzen polnischen Front einzustellen.

Aufhebung der Blockade am 1. Mai?

"Morningpost" meldet: Lloyd George wird am 8. April vorläufig nach England zurückkehren, um die gesetzgeberischen Maßnahmen für die vollständige Aufhebung der Blockade vorzubereiten. Ein der Aufhebung der Gesamtblockade für den 1. Mai ist nicht mehr zu zweifeln.

In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses erklärte Austen Chamberlain während der Debatte über die Finanzlage: Je eher die Blockade aufgehoben werden könnte, um so angenehmer sei es den Alliierten, denen es willkommen wäre, wenn Deutschland einen Teil seiner Versorgung aus neutralen Ländern beziehen könnte.

Wilson gegen die Eröffnung des deutschen Handels.

Wie aus Paris gemeldet wird, bietet Präsident Wilson seinen ganzen persönlichen Einfluß auf, um Gewaltmaßnahmen gegen den deutschen Handel und die deutsche Industrie, wie sie insbesondere von Frankreich gefordert wurden, zu verhindern. Wilson hat erklärt, daß eine Einschränkung der Freiheit des deutschen Handels und der der deutschen Industrie im Widerspruch zu seinem Programm stehe und überdies den Verhältnissen des internationalen Wirtschaftslebens widerspreche.

Es bestehe zwar die Notwendigkeit, Belgien, Frankreich und Italien während der Zeit des Wiederaufbaues vor der deutschen Konkurrenz zu schützen. Diese Sicherung könnte jedoch viel besser auf dem Wege finanzieller Entschädigungen durch Deutschland erfolgen, als durch das Verbot freier wirtschaftlicher Betätigung für Deutschland.

Die finanzielle Lage des Kaisers.

Der Weimarer Korrespondent des "New York American" telegraphiert seinem Blatt: „Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß Kaiser Wilhelm bei der deutschen Regierung Geld verlangt hat. In seinem Gesuch hob er hervor, daß es ungerecht sei, daß der ehemalige deutsche Kaiser fortzuhören, von der Großmutter seines holländischen Gastgebers abzuhängen. Er sei bereits gezwungen gewesen, von seinen Gastgebern 40 000 Gulden zu fordern. Man solle ihm wenigstens einen Teil seines Privatvermögens zur Verfügung stellen.“

Die Regierung gab dem Wunsche des Kaisers Folge und ordnete eine Untersuchung an, um festzustellen, welcher Teil des Vermögens tatsächlich dem Kaiser gehört und was der Regierung zufolgt. Die Untersuchung ergab, daß der Kaiser gesetzlich ein Urrecht auf 75 Millionen erheben könne, doch hat die Regierung beschlossen, ihm vorläufig 600 000 Mk. zuzusprechen.“

Eine politische Bluttat.

Um Weinrausch und erregten politischen Wortwechsel hat der Führer der zweiten Abteilung der Republikanischen Schuttruppe in München Max Wagner in der Donnerstagnacht den Stabsarzt Dr. Holzapfel erschossen, nachdem beide miteinander, von Volk zu Volk ziehend, auch nach der Polizeistunde noch gekämpft hatten. Wagner ist der selbe Schuttruppenführer, der nach der zweiten Revolution vor drei Wochen die vom Stadtkommandanten Ulrich besetzte Verhaftung des Anarchisten Lewien, Mühsam und Kronauer derart vornahm, daß er mit seinen bewaffneten Leuten einfach in den Rätekongress eindrang und unter den Rufen „Hände hoch!“ die Betroffenen den sich herausholte.

Straßenkundgebungen in Paris.

Wie der Lyoner "Progrès" meldet, wurden bei Straßenkundgebungen in Paris mehr als 30 Personen verhaftet. Man rechnet mit einer Fortsetzung der Kundgebungen für nächsten Sonntag.

Telefon Irland-Canada.

Den "Times" zufolge ist es der Marconi-Gesellschaft gelungen, eine drahtlose telefonische Verbindung zwischen Irland und Kanada herzustellen.

Die Versetzung des französischen Heeres.

Von zuverlässiger Seite wird gemeldet, daß die französische Heeresleitung sich gezwungen sieht, den größten Teil des Besatzungsheeres im Elsass von schwarzen Kolonialtruppen bewachen zu lassen. Die bisherige Säumung im französischen Besatzungsheere im Elsass nimmt täglich an Umfang zu. Der geplante Etat für weiße Franzosen in den besetzten Gebieten Deutschlands durch schwarze Truppen ist auf die Unzuverlässigkeit der weißen Franzosen zurückzuführen.

Die Arbeiterbewegung in England.

Dem "Secolo" wird aus Paris gemeldet, daß ein rascher Abschluß der Friedenskonferenz durch den englischen Bergarbeiteraufstand und der dadurch wohl nötig werdenden Abreise Lloyd Georges aus Paris verzögert werden dürfte. Dennoch rüstet man sich laut "Stampa" schon in Italien zum 21. April auf die Vorfeldfeier, anlässlich deren eine allgemeine Amnestie beschlossen werden soll.

Dem "Daily Chronicle" zufolge wurde das Angebot des ausführenden Ausschusses der Eisenbahner nach längerer Beratung verworfen. Der Achtfundstag und die Gleichstellung der Arbeitsbedingungen auf allen Eisenbahnen wurde genehmigt. Über die Lohns- und Überstundenfragen sind noch unerledigt. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, da die Verhandlungen noch fortdauern.

Die Lebensmittelversorgung.

Keine wesentliche Besserung.

Neben die Gestaltung der Versorgung Deutschlands nach der Realisierung des Brüsseler Abkommens werden von autoritativer Seite noch folgende Mitteilungen gemacht:

Im günstigsten Falle werden wir eine andere Ausmahlung und dadurch eine Steigerung des Nährgehaltes des Brotes erreichen. Die über die garantierte Menge hinausgehenden Zusätze werden uns allenfalls in den Stand setzen, einige Mehlaugen zu gewähren.

Man darf nicht vergessen, daß unsere dicke Getreidemenge spätestens Ende Mai aufgebraucht wäre. Ein günstiger stehen unter gleichen Bedingungen in Räumlichkeiten, die vorhanden, so daß wir in den nächsten Monaten in der Lage sein werden, in diesen Produkten mehr als sonst zu vertreiben.

Lehnlich wie in der Brotversorgung liegen Dinge bei der Fettversorgung. Die Fettlieferungen sind die Entente garantiert hat, werden im ganzen dazu ausreichen, den Ausfall an wieder wettzumachen, der Monat für Monat an weiterhin höherer Stufe festzuhalten ist und der schlechter und knapper geworden und auch die Viehbestände sind Woche um Woche weiter zurückgegangen, was natürlich die Butterproduktion fortwährend gedrückt hat.

Es muß damit gerechnet werden, daß der Gang der Milch- und Butterproduktion in der nächsten Zeit einen besonders hohen Grad erreichen. Eine absolute Verbesserung der Fettversorgung ist stets zu erwarten, wenn es uns gelingt, in nächsten Monaten in dieser Beziehung noch ausreichendere Quellen zu eröffnen, als sie das Brüssel vorsieht. Die Aussichten dafür sind schwach, aber sie sind vorhanden.

Lösung der Hamburger Krise.

Entgegenkommen der Entente.

Wie zuverlässig verlautet, hat die Entente endgültig wesentliche Konzessionen für Bemannter Verbleib deutscher Schiffe im neutralen Anden gemacht, eben die Schiffe, die in Deutschland liegen und nach Jahren sollen, und auch deren Bemanungen.

Absatz der ersten Schiffe.

Zum Laufe des Donnerstag Nachmittag gehen beiden Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, "Amerika" und "Patricier" aus dem Hamburger mit der Bestimmung nach Cherbourg, um die Befreiungstransporte zu holen. Beide Schiffe liegen morgens abfahrbereit.

Stehen weitere Dampfer werden im Laufe nächsten Tage seefertig, um ebenfalls nach Cherbourg zu fahren. Damit hat die erste Staffel der Befreiungstransportdampfer Hamburg verlassen.

Die Stettiner Schiffe.

In Stettin werden gegenwärtig die auf des Lebensmittelabkommen mit der Entente vorliegenden Schiffe für die Ausreise fertig gemacht. Kommen folgende Schiffe in Betracht: "Masuren" 6500 Tonnen, "Normannia" 5500, "Silesia" 5300, "Hollandia" 5300, "Hispania" 4500 und "Ost" 6500 Tonnen. Die Dampfer kommen als Transport- und Frachtdampfer in Frage, während die Dampfer der Braunschweiger Rügen-Linie "Imperator", "Odin" und "Hertha" für Truppentransporte bestimmt sind. Die Ausreise soll bereits in den nächsten Tagen erfolgen, wahrscheinlich schon von Stettin unter fremder Flagge.

Die Gefahr für Danzig.

In der Vollzügung der Waffenstillstandsvereinbarung in Spa teilte Rudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehne, die polnischen Truppen statt in Danzig in Königsberg, Memel oder anderen Orten zu landen. Die interalliierte Kommission in Danzig sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck die Befreiung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Mitgliedern der Kommission die dortige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

Die deutsche Regierung lehnt ab.

General v. Hammerstein wies darauf hin, die deutsche Regierung ihren Standpunkt in liegender Frage wiederholte und gegeben hat, daß sie nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen davon würde die Landung der polnischen Truppen Unruhen unter der Bevölkerung östlich der Weichsel herauftreten, was dem dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages entspricht.

Aus zahlreichen Mitteilungen geht hervor, die dortige polnische Minderheit die Landung signalen betrachten werde, um mit Unruhen und Aktionen zu beginnen. v. Hammerstein führt fort,

"Die deutsche Regierung hat mich offiziell mächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht."

Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Verteilen wegen der Höhen über und Königsberg bleibt bestehen.

Rudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe die Ausschaltung Danzigs könnten von den Alliierten nicht angenommen werden. Im übrigen könne diese Frage nicht gleichzeitig in Polen und Spa beendet werden. Die interalliierte Kommission in Danzig besitzt die notwendigen Vollmachten zu Erledigung und seine soeben gemachte Miet sei "nur die Wiedergabe des Befehls, den die polnische Kommission erhalten habe".

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche.

gewöndig
haltung
erkannte
geordnet,
dung poli-
senstillstand
dieses Artik

Die
Brüfung
hörte den
eingelegten
legte die
trotz seine
prinzipiell
Um
len einen
Unter die
seine freie
der Komm
jenen Polen
willig ist
der mit e
sammenhäng
Volksabstim

Neute
London n
nung Ode
die Bolsch
schweren K
sleyten, die
Dessau gel
der Belast
stand. Die
der Bolsch

Im Br
Zeit, insb
dieser noc
schwäche
volgedess
ung und
Belände g
jors Fleiss
Taktum au
den reichs
garnhäufig
im räume

Der L
Überst Big
überreicht,
te gezeigt
Ungarns d
seine nähe

Ein va
der Diplom
dah man
vor dem
Monarchien
Große Besi
es zur Ent
Bei den
betet nur
twerde. Gr
ierung un
wünschen
Dordelb
Monarchie

"Gri
haben fünf
dem sie de
Aufführung
ausge

einer eisfl
Lehnsbank
größeren
lungen zu
D Z 4274
Dresden,

Bezügl
aus dem
kunft alle
Schleppen
die Straß
Urb ent

Rechnung